

**Impressum:** Der SPD-Report wird vierteljährlich herausgegeben von der SPD-Fraktion Karlsruhe, Hebelstr. 13, 76133 Karlsruhe  
Telefon: 0721-29290, Telefax: 0721-23433, E-Mail: [spd@fraktion.karlsruhe.de](mailto:spd@fraktion.karlsruhe.de), Internet: [www.spd-fraktion-ka.de](http://www.spd-fraktion-ka.de)  
Verantwortlich: Dr. Heinrich Maul, Fraktionsvorsitzender; Redaktion: Dr. Florian Furtak, Fraktionsgeschäftsführer

Karlsruhe, im Juni 2003

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

seit der letzten Ausgabe des SPD-Reports im März hat sich vieles ereignet. Besonders betroffen gemacht hat uns alle der Irak-Krieg. Für Karlsruhe sehr bedauerlich war die Ablehnung der Bundesgartenschau durch CDU und FDP; für die SPD war die Dezernatsstreichung schmerzlich, insbesondere in der Art und Weise, wie sie durchgeführt wurde. Die Haushaltssituation bleibt weiterhin angespannt – vor allem die Vereine müssen darunter leiden. Mit diesen und anderen Themen befasst sich die vorliegende Ausgabe des SPD-Reports. Für weitere Informationen und/oder die Zusendung bisheriger Ausgaben des SPD-Reports wenden Sie sich bitte an unsere Geschäftsstelle.

Wir hoffen, dass auch diese Ausgabe des SPD-Reports für Sie von Interesse sein wird. Stellvertretend für die SPD-Fraktion wünschen wir Ihnen schon heute erholsame Sommerferien.



Dr. Heinrich Maul  
Fraktionsvorsitzender



Dr. Florian Furtak  
Fraktionsgeschäftsführer

### ■ Karlsruhe zeigt Flagge für Frieden

Am 15. März 2003 demonstrierten rund 10.000 Karlsruherinnen und Karlsruher gegen einen Irak-Krieg. Sie setzten damit ein klares Zeichen für den Frieden. Die SPD-Karlsruhe gehörte zu den 52 gesellschaftlichen, kirchlichen und politischen Organisationen, die zur Friedensdemonstration aufgerufen hatten. Die SPD-Stadträtin Angela Geiger war federführend an der Organisation beteiligt. Am Beginn des Krieges mit Bomben auf Bagdad am 20. März konnte die eindrucksvolle Demonstration der Karlsruher zwar nichts ändern, doch es war wichtig, dass so viele Menschen in unserer Stadt Flagge für den Frieden gezeigt haben. Dass die vielen Bürgerinnen und Bürger zu Recht demonstriert haben, zeigt sich jetzt über zwei Monate nach Kriegsende. Von der kriegsführenden Koalition wird mittlerweile eingestanden, dass der hauptsächliche Kriegsgrund, die Massenvernichtungswaffen des Irak, nur ein vorgeschobener Grund für die Rechtfertigung des Krieges gewesen sind – die angeblich vorhandenen Waffen wurden bis heute nicht gefunden. Die Lehre daraus muss lauten: Es darf niemals wieder geschehen, dass sich das Recht des Stärkeren gegen die Stärke des Rechts durchsetzt. Die SPD hofft auf dauerhaften Frieden im Irak auf der Basis von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

## ■ CDU und FDP beerdigen Buga-Träume

Mit großen Ambitionen starteten die Stadt Karlsruhe und Oberbürgermeister Fenrich in das Jahr 2003. Drei Großereignisse hatte man sich auf die Fahnen geschrieben: Die Kulturhauptstadt 2010, die Olympischen Spiele 2012 und die Bundesgartenschau 2015. Olympia und Bundesgartenschau (Buga) sind bereits gescheitert. Während die Entscheidung über die Olympischen Spiele anderenorts getroffen wurde, trägt der Oberbürgermeister und der Karlsruher Gemeinderat ganz allein die Verantwortung für das Scheitern der Buga. Am 18. März stimmten CDU und FDP im Gemeinderat auf Empfehlung des OB gegen eine Bewerbung Karlsruhes und beerdigten damit die Buga-Träume vieler Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt.

Mit der Entscheidung gegen die Buga wurde eine große Chance für die städtebauliche Entwicklung Karlsruhes vertan. Die SPD-Fraktion hat im Gemeinderat mit Überzeugung für die Buga gestimmt, auch wenn die Durchführung einen finanziellen Kraftakt erfordert hätte. Doch Visionen brauchen Mut – leider haben CDU und FDP diesen Mut nicht aufgebracht. Sehr unerfreulich war das Verhalten unseres OB, der sich weigerte, einen Scheck der Buga-Initiative in Höhe von 300.000 Euro entgegenzunehmen – wahrlich eine große Motivation für bürgerschaftliches Engagement. Aber es gibt Hoffnung: Aus der Buga-Initiative wurde inzwischen die Büga-Initiative, wobei Büga für Bürgergartenschau steht. Ziel der Initiative ist die Umsetzung von einzelnen Bausteinen der geplanten Buga. Am 19. Mai traf die SPD-Fraktion mit den Verantwortlichen um Prof. Mürb zusammen. Die SPD signalisierte dabei ihre Zustimmung und Unterstützung für deren Arbeit.

## ■ CDU baut ihre Macht im Rathaus aus – Dezernatsstreichung ein Possenspiel

Die CDU hat es – wieder einmal mit Hilfe der FDP – geschafft! In der Gemeinderatssitzung vom 20. Mai haben CDU und FDP die Streichung des Dezernats von Bürgermeisterin Heinke Salisch (SPD) beschlossen. Damit stellt die SPD ab 2004 nur noch einen Bürgermeister im Rathaus. Die CDU hingegen verfügt neben dem OB über drei Dezernenten, wobei sie einen davon schon seit langer Zeit an die FDP abgetreten hat. Durch diese Entscheidung baut die CDU ihre Macht im Rathaus noch weiter aus. Die traurige Rolle der FDP als Helfershelfer überrascht dabei nicht, „erbt“ doch ausgerechnet der FDP-Bürgermeister die zentralen Aufgabengebiete des Salisch Dezernats.

Als zentrales Argument für die Dezernatsstreichung wurde seitens des OB, der CDU und der FDP ein Einsparvolumen von rund 570.000 Euro ins Feld geführt. Diese Zahl ist jedoch parteitaktisch stark gefärbt – in der Summe sind allein rund 260.000 Euro als Kosten für die Mitarbeiter des Baudezernats ausgewiesen. Diese Kosten sind jedoch kurz- bis mittelfristig ohne Kündigung nicht einsparbar. Auch die anteiligen Kosten für Fahrer und Fahrzeug (rund 60.000 Euro) können durch die Streichung eines Dezernats nicht eingespart werden, weil die Anzahl der wahrzunehmenden dienstlichen Termine unverändert bleibt.

Es kommt jedoch noch schlimmer: In keinsten Weise wurde quantifiziert, welche Auswirkungen die Umorganisation auf die effiziente Erledigung der davon betroffenen Verwaltungsgeschäfte haben wird. Es wurde auch nicht untersucht, inwieweit eine Dezernatsstreichung die vom Gemeinderat immer wieder geforderte Intensivierung der Bürgerkontakte durch die Dezernenten beeinträchtigt. Darüber hinaus wurde nicht berücksichtigt, wie die der Stadt durch die Verwaltungsreform der Landesregierung zusätzlich übertragenen Aufgaben bei gleichzeitiger Reduktion des städtischen Führungspersonals bewerkstelligt werden sollen.

### **Fazit:**

Die Form, wie von CDU und FDP die Dezernatsstreichung vorangetrieben wurde, gleicht einem Possenspiel. Weder die Kosten noch die Verwaltungseffizienz konnten ernsthaft als Argument für eine Streichung vorgebracht werden. Es bleiben deshalb nur parteipolitische Argumente übrig. **Die CDU nutzt ihre Macht in der Stadtverwaltung mittlerweile so, als ob sie ihr Eigentum wäre.**

➔ ausführliche Informationen zum Thema Dezernatsstreichung finden Sie auf unserer Homepage!

## ■ Die künftige Arbeit der SPD-Fraktion: Konstruktiv kritisch

Es ist einmalig in der Geschichte der Stadt Karlsruhe, dass einem Bürgermeister in dieser Art und Weise der Stuhl vor die Türe gesetzt wird. Dies ist leider der neue Stil von CDU und FDP in der Gewissheit, über die Mehrheit im Gemeinderat zu verfügen und damit allein die Geschicke in und für Karlsruhe bestimmen zu können. Korrekturen an dieser Machtposition kann es erst im Juni des kommenden Jahres durch die Kommunalwahl geben. Die SPD-Fraktion wird als Reaktion auf das Possenspiel um die Dezernatsstreichung sowohl die Politik der Stadtverwaltung als auch die Politik von CDU und FDP weitaus kritischer betrachten und begleiten als bisher, dabei jedoch immer sachorientiert bleiben. Die Politik der SPD wird sich danach ausrichten, was der Karlsruher Bevölkerung am meisten nützt. Und es nützt ihr nichts, wenn städtische Gelder in den Flughafen Söllingen (zur Subventionierung von Ferienflügen) und in die neue Tribüne für die Pferderennbahn in Iffezheim gepumpt werden, während gleichzeitig in Karlsruhe an Vereinen, Kindern, Schulen und an der Gesundheit der Bevölkerung (Stichwort: Lärmschutz) gespart wird. Diese von CDU und FDP zu verantwortende Schiefelage muss beseitigt werden. Für die SPD ist es selbstverständlich, dass in Zeiten knapper Kassen Karlsruher Belange Vorrang haben!

## ■ SPD will Kürzungen für Vereine rückgängig machen

Am 5. Mai kam die SPD-Fraktion mit Vertretern des Sportkreises Karlsruhe zusammen. Einziger Tagesordnungspunkt waren die drohenden Kürzungen von 20 Prozent bei den Zuschüssen für die Sportvereine für 2004 und die Kürzung von 50 Prozent bei den Investitionszuschüssen. Konsens bestand darin, dass das „Karlsruher Modell“ weitergeführt werden muss, demnach die Sportvereine in Karlsruhe durch die Schaffung, den Betrieb und die Unterhaltung von Sportanlagen eine kommunale Aufgabe übernommen haben und deshalb eine finanziell ausreichende Unterstützung der Stadt benötigen. Einig war man sich ebenfalls darüber, dass auf die Stadt weitaus stärkere finanzielle Belastungen zukommen werden, falls die Sportanlagen in städtische Verantwortung übergehen würden. Im übrigen wurde in der Diskussion deutlich, dass das von der CDU angedachte Verfahren, die Zuschussgewährung für 2004 generell von einer Neubeantragung abhängig zu machen, nicht praktikabel ist.

Durch das Gespräch mit dem Sportkreis, durch eine bereits im April geführte Diskussion mit dem Karlsruher Kulturring und im Vorgriff des Hearings mit den Sozialverbänden (siehe unten) ist die SPD-Fraktion davon überzeugt, dass bei den Vereinen und den dort ehrenamtlich Engagierten nicht weiter gespart werden darf. Die Zuschussgewährung muss berechenbar sein und die Existenz und die gute Arbeit der Vereine sicherstellen. **Die SPD-Fraktion wird daher für den Nachtragshaushalt beantragen:**

- die städtischen Zuschüsse an die Sportvereine, die Kulturvereine und die sozialen Einrichtungen für 2004 nicht um bis zu 20 Prozent zu kürzen, sondern auf dem Niveau von 2003 zu belassen;
- von der Pflicht einer Neubeantragung von Zuschüssen für 2004 abzusehen;
- die Kürzung von 50 Prozent bei den Investitionszuschüssen für Sportvereine zurückzunehmen.

## ■ SPD: Hilfe für KSC darf kein Einzelfall sein

Die SPD-Fraktion hat in der Sitzung des Hauptausschusses vom 10.06.2003 die Entscheidung mitgetragen, den KSC bei seinen Bemühungen um die Lizenz für die 2. Bundesliga durch zeitweiligen Verzicht auf Miete für das Wildparkstadion und die Videowand zu unterstützen. Maßgebend dafür war neben der Wichtigkeit des KSC als Imagerträger für die Stadt Karlsruhe und dem großen Interesse, dass die Spiele des Clubs bei vielen Karlsruherinnen und Karlsruhern finden, insbesondere auch der Umstand, dass der KSC im Falle einer Lizenzversagung Insolvenz hätte anmelden müssen mit der Folge, dass die Stadt nie mehr Mieten für Stadion und Videowand erhalten hätte.

Die SPD-Fraktion ist jedoch der Überzeugung, dass die Hilfe für den KSC kein Einzelfall sein darf, dass auch anderen Vereinen aus den Bereichen Kultur, Sozialem und Sport, die insbesondere durch die Kürzung der städtischen Zuschüsse in finanzielle Schwierigkeiten geraten, in vergleichbarer Weise geholfen werden muss. Es ist deshalb geboten, in geeigneten Fällen durch einen zeitweiligen Verzicht auf Pacht- oder Mietzinsen für von der Stadt angemietete Räume oder Sportstätten zu helfen. Die SPD-Fraktion wird einen entsprechenden Antrag in die Haushaltsstrukturkommission einbringen.

## ■ SPD diskutiert mit Sozialverbänden

Unter dem Eindruck der städtischen Sparpolitik möchte die SPD-Gemeinderatsfraktion mit den Karlsruher Sozialverbänden gemeinsam überlegen, wie die gute Arbeit der Verbände auch in Zukunft zum Wohle der Stadt Karlsruhe aufrecht erhalten werden kann. Deshalb veranstaltet die SPD-Fraktion am **30. Juni, 16.30 Uhr** in der Europahalle ein Hearing zum Thema: **Zukunft der sozialen Arbeit in Karlsruhe in schwierigen finanziellen Zeiten**. Insbesondere sollen folgende Fragen diskutiert werden:

- Welche Konsequenzen hätte eine Kürzung der Zuschüsse um bis zu 20 Prozent?
- Was benötigen die Sozialverbände für die vielfältigen Aufgaben, die sie im Auftrag der Stadt, aber auch aus sozialer Verantwortung heraus, übernommen haben?
- Welche Einsparpotentiale könnte es geben?
- Welche Synergieeffekte ließen sich durch eine verstärkte Zusammenarbeit und Vernetzung der verschiedenen sozialen Einrichtungen erreichen?

## ■ SPD-Antrag für Behindertenbeirat erfolgreich

In der Gemeinderatssitzung vom 20. Mai konnte die SPD-Fraktion einen schönen Erfolg für die behinderten Mitbürgerinnen und Mitbürger in unserer Stadt erzielen. Der Gemeinderat folgte dem Antrag der SPD, noch in diesem Jahr erstmalig einen Behindertenbeirat zu wählen. Stadträtin Annelie Weber, Sprecherin der SPD für die Belange der Behinderten, konnte die anderen Fraktionen davon überzeugen, dass der Behindertenbeirat unbedingt noch 2003, dem Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderung, gebildet werden müsse. Bereits 2001 hatte die SPD die Einrichtung eines Behindertenbeirats gefordert. Der Behindertenbeirat, bestehend aus 14 Behinderten, wird sich ehrenamtlich um die Belange der Behinderten in Karlsruhe kümmern.

## ■ SPD informiert sich vor Ort in den Stadtteilen

Gute Tradition der SPD-Fraktion sind die Ortsbegehungen in den Karlsruher Stadtteilen. Vor Ort informieren sich die SPD-Stadträte über Probleme in einem Stadtteil und versuchen, über Anträge im Gemeinderat Lösungen herbeizuführen. Bei der Ortsbegehung der SPD-Fraktion in der **Südweststadt** Ende April 2003 wurde uns die schwierige Verkehrssituation vor dem Evangelischen Kindergarten in der Friedensstraße vor Augen geführt. Zur Abholzeit der Kinder wird es sehr eng auf dem schmalen Gehweg, so dass man zwangsläufig auf die Straße ausweichen muss. Dies hat schon des öfteren zu gefährlichen Situationen geführt. Die SPD-Fraktion hat deshalb in einem Antrag für den Gemeinderat die Forderung aufgestellt, die beiden Parkplätze vor dem Kindergarten in der Friedensstraße in Fahrradstellplätze umzuwandeln. Am 26. Mai waren die SPD-Stadträte in **Durlach**, am 16. Juni in der **Südstadt** unterwegs.